

ZU DIESEM HEFT

Für viele kam es überraschend, dass die Kolonialgeschichte jüngst wieder starke geschichtspolitische Brisanz gewonnen hat – und damit auch neue zeithistorische Relevanz. Lange konnte man annehmen, die deutsche Kolonialvergangenheit sei eine relativ kurze, mit dem Ersten Weltkrieg beendete Episode vornehmlich des späten 19. Jahrhunderts gewesen, ohne besondere Wirkungen für die neueste Zeitgeschichte und das beginnende 21. Jahrhundert. Verschiedene Faktoren haben die Geschichte des Kolonialismus und des Imperialismus sowie seiner epochenübergreifenden Folgen aber wieder auf die öffentliche und wissenschaftliche Agenda gebracht. Dies gilt für klassische Kolonialmächte wie Frankreich, in etwas anderer Weise aber auch für Deutschland. Die Debatte um »NS-Raubkunst« und deren mögliche Restitution ist seit der »Washingtoner Erklärung« von 1998 ein Dauerthema der internationalen Beziehungen und auch der (kunst)historischen Forschung; dies hat inzwischen noch weitere Kreise gezogen und die kritischen Fragen nach den Verbindungen von politischer Herrschaft und kulturellem Erbe gleichsam nach hinten verlängert. Das »Humboldt Forum im Berliner Schloss« steht in vieler Hinsicht paradigmatisch für die Konflikte und Forschungsdesiderate, die sich daraus ergeben.

Unser Titelbild zeigt ein 15 Meter langes Segelboot von der Insel Luf im Pazifischen Ozean, die während des Kaiserreiches zum »Schutzgebiet« Deutsch-Neuguinea zählte. 1903 wurde das Boot vom »Museum für Völkerkunde« in Berlin angekauft. Seit den 1960er-Jahren wurde es in der Dauerausstellung des »Ethnologischen Museums« in Berlin-Dahlem gezeigt – bis zur Vorbereitung des Umzugs ins »Humboldt Forum«, die auf dem Foto vom Dezember 2017 zu sehen ist. Im Mai 2018 gelangte das Boot mit erheblichem Aufwand als erstes Großobjekt an seinen vorgesehenen Ausstellungsort. Erst nach der Ankunft des Bootes konnten die Wände der künftigen Eingangshalle zugemauert werden.¹ Auch wenn dieses Südseeboot wohl zu den weniger problematischen Objekten zählt – es wurde nicht »geraubt«, sondern von den einheimischen Erbauern nicht mehr benötigt und zunächst an eine deutsche Handelsgesellschaft verkauft –, so steht das Foto hier doch symbolisch für einen sezierenden, teils detektivischen Blick auf Exponate aus kolonialen Zusammenhängen, für eine Art Laborsituation der Museumsarbeit. Aufgabe des »Humboldt Forums« und anderer Museen ist es, die Überlieferungswege transparent zu machen und zugleich die Objekte nach heutigen konservatorischen Standards materiell zu sichern. An welchen Orten dies legitim und sinnvoll ist, erweist sich allerdings oft als strittig, wie besonders die Diskussion um die französischen Museen momentan zeigt.

1 <<https://humboldtforum.com/de/stories/suedseeboot-schwebt-ins-humboldt-forum>>; <<https://humboldtforum.com/de/stories/12-stunden>>. Die unterschiedlichen Museumsnamen sind jeweils zeitgebundene Markierungen des Zugriffs auf die Inhalte und Objekte.

Im Debattenteil des vorliegenden Hefts, organisiert von *Daniel Morat* und *Irmgard Zündorf*, geht es anhand prominenter Beispiele aus Polen, Österreich, den USA und Deutschland um das Verhältnis von Geschichte und Politik *in* Museen sowie dezidiert auch um Geschichtspolitik *mit* Museen. Selbst wenn gerade die großen Museen von nationaler Bedeutung unvermeidlich in politischen Kontexten stehen und sich dazu positionieren müssen – was in einigen Ländern den Kampf um die institutionelle Existenz bedeutet –, so bleibt festzuhalten, dass seriöse Museumsarbeit nicht primär auf politischen Absichten beruhen sollte, sondern auf fundierter Forschung und Vermittlung. Für Deutschland hat die VolkswagenStiftung dies in einer Bilanz ihrer Förderinitiative »Forschung in Museen« jüngst noch einmal bekräftigt.² Etwas irreführend wäre dabei die Annahme, solche Forschung – besonders die Beschäftigung mit Objektbiographien – müsse von Null beginnen. Viele Museen können auf eine breite Erfahrung und Dokumentation zurückgreifen, haben für solche Arbeiten im Hintergrund des Ausstellungsbetriebs allerdings lange Zeit nicht die nötige Finanzierung erhalten.³ Kritisch zu sehen sind deshalb einige aktuelle Versuche, diese kontinuierliche und oft mühsame wissenschaftliche Arbeit den Temporalitäten und Entscheidungszwängen des politischen Betriebs unterzuordnen – so wichtig ein entschlossener politischer Anschub wie derjenige des französischen Präsidenten auch sein kann.⁴ Eine andere Schiefelage speziell der deutschen Diskussion ist die »merkwürdige Rivalität deutscher Unrechtsregime«:⁵ Die Auseinandersetzung mit der Kolonialgeschichte, der angeblichen »Rückkehr eines Verdrängten, wenn man so will«,⁶ wird mitunter in den memorialpolitischen Deutungsrahmen eingepasst, der sich als »Aufarbeitung« vor allem der NS-Verbrechen hierzulande etabliert hat. Eine differenzierte Beschäftigung mit kolonialen Herrschafts- und Gewaltverhältnissen ist notwendig, sollte sich derartige Topoi aber nicht vorschnell zu eigen machen.

Das Verhältnis von Geschichte, Geschichtswissenschaft und Politik war auch der Kernpunkt der Debatte um eine Resolution des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands, die im September 2018 auf dem 52. Deutschen Historikertag in Münster beschlossen wurde, dort vor Ort und in der publizistischen Nachbereitung jedoch für Streit sorgte. *Krijn Thijs* arbeitet in einem Essay für dieses Heft einige Grundlinien der Debatte heraus, deren prinzipielle Fragen nach der öffentlichen, implizit oder explizit auch politischen Rolle gerade von Zeithistoriker/innen noch nicht hinreichend beantwortet sind (und sich wohl gar nicht abschließend beantworten lassen). Weiterhin bedenkenswert ist eine Position, die Lutz Raphael schon zwei Monate vor diesem Historikertag formulierte: »Die schlichte Lieferung herrschaftskritischer wie demokratiekompatibler Authentizitätsbeweise von Unterdrückungs- und

2 Pressemitteilung vom 19.3.2019: <<https://idw-online.de/de/news712330>>.

3 Dies betont die ehemalige Direktorin (2001–2017) des Ethnologischen Museums der Staatlichen Museen zu Berlin: Viola König, Die Ethnologen sind keine Täter, in: *Welt*, 22.8.2017.

4 Vgl. Patrick Bahners, Französisches Ausleerungsgeschäft. Der »Bericht über die Restitution afrikanischen Kulturerbes«, in: *Merkur* 73 (2019) H. 3, S. 5–17.

5 Jörg Häntzschel, Konkurrenz des Unrechts, in: *Süddeutsche Zeitung*, 15.3.2019.

6 Bénédicte Savoy, Die verdrängte Debatte, in: *Süddeutsche Zeitung*, 4.3.2019.

Gewalterfahrungen reicht nicht mehr aus, um heute als Historikerin politische Aufklärungsarbeit zu leisten. Längst sind ursprünglich subversiv gedachte postkoloniale Denkfiguren Bestandteil geschichtspolitischer Argumente geworden, die gegenwärtige Statusansprüche und Machtpositionen rechtfertigen. Damit muss politisch-intellektuelles Engagement meines Erachtens aber zugleich auch die eigene Unabhängigkeit und Kritikfähigkeit gegenüber gruppenspezifischen Identitätsbedürfnissen unter Beweis stellen. Dies setzt jedoch voraus, dass wir bereit sind, die Chancen unserer wissenschaftlichen Autonomie zu verteidigen, um im Ernstfall wirklich effektiv in die politischen Debatten eingreifen zu können.«⁷ Während Historiker/innen stritten (und hoffentlich weiter streiten), wann und wie politische Grundsatzserklärungen sinnvoll sein mögen, merkte ein prominenter Soziologe an, dass sein Fach eine zunehmende Selbstbezogenheit pflege und in der breiteren Öffentlichkeit kaum noch beachtet werde. Der Geschichtswissenschaft gelinge es besser, auch jenseits der eigenen Disziplin Gehör zu finden.⁸

Neben solchen dezidiert gegenwartsbezogenen Debatten bietet das vorliegende Heft natürlich auch ein Spektrum aktueller Forschungsergebnisse der Zeitgeschichte, deren Relevanz stärker aus innerfachlichen Kontexten rührt: Im Aufsatzteil leistet *Kerstin Brückweh* mit ihrer Untersuchung von Wohnraum und Eigentum in Ostdeutschland einen Beitrag zur Transformationsgeschichte vor und nach 1989/90; sie verbindet dies mit einem besonderen Interesse für das sozialwissenschaftliche Forschungsmaterial aus der Zeit des Umbruchs. *Florian Greiner* und *Maren Röger* spüren der alltäglichen Präsenz des Kalten Krieges nach, indem sie Brett- und Computerspiele aus Ost und West untersuchen. In einer Fallstudie zur Visual History schildert *Dennis Jelonnek*, wie schwarze Beschäftigte des US-amerikanischen Film- und Kameraherstellers Polaroid gegen den Handel ihres Arbeitgebers mit dem Apartheid-Regime in Südafrika und gegen dortige Überwachungstechniken protestierten.

In der Rubrik »Quellen« verfolgt *Hans-Ulrich Wagner* die Rundfunk-Auftritte des hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer, der das Medium Radio in den 1960er-Jahren gezielt zur historisch-politischen Aufklärung nutzte und dabei von seiner besonderen stimmlichen Präsenz profitierte. Dieser Beitrag knüpft an unsere früheren Schwerpunkte zur Sound History an⁹ und deutet zugleich auf das Themenheft »Zeitgeschichte des Rechts« voraus (ZF 2/2019). *Daniel Burckhardt*, *Alexander Geyken*, *Achim Saupe* und *Thomas Werneke* präsentieren als Autorenteam die Möglichkeiten des computergestützten »Distant Reading« für Auswertungen der DDR-Presse; ihr methodisches Vorgehen ist grundsätzlich auf andere Themenfelder und Textkorpora übertragbar. Erfreulicherweise gelangen Forschungen zur Digital History mittlerweile über reine Plädoyers hinaus und führen zu praktischen Anwendungen

7 Lutz Raphael, Auszug aus der Komfortzone?, 10.7.2018, URL: <<https://blog.historikerverband.de/2018/07/10/auszug-aus-der-komfortzone/>>.

8 Armin Nassehi, Seid wieder Spielverderber!, in: ZEIT, 10.1.2019. Ähnlich für die Politikwissenschaft zuvor schon Frank Decker/Eckhard Jesse, Fach ohne Ausstrahlung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.4.2016. Beide Artikel sind natürlich nicht unwidersprochen geblieben.

9 Vgl. <<https://zeithistorische-forschungen.de/thematische-klassifikation/sound-history>>.

mit konkreten Ergebnissen. In der Rubrik »Neu gelesen« schließlich erinnert *Yves Müller* an Lutz Niethammers Studie über die NPD (»Angepaßter Faschismus«) – ein Buch, das vor 50 Jahren als politische Intervention erschien und heute wichtige Impulse für Forschungen zur Geschichte der radikalen Rechten geben kann.

Während der Fahnenkorrekturen dieses Hefts erreichte uns die Nachricht vom Tode Jürgen Zaruskys (1958–2019), des langjährigen Redakteurs und seit 2016 Chefredakteurs der »Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte«. Trotz mancher Unterschiede in den Perspektiven, den Themen und den Darstellungsformen, die zwischen den »Vierteljahrshäften« und den »Zeithistorischen Forschungen« bestehen, verbinden uns doch bestimmte Grundüberzeugungen: die Annahme, dass Zeitschriften für die geschichtswissenschaftliche Fachkommunikation unverzichtbar sind, und das Bestreben, gute Texte im Redaktionsprozess noch besser zu machen. Jürgen Zaruskys breite Kompetenz, seine editorische Sorgfalt und seine persönliche Zugewandtheit werden fehlen – gerade im Austausch über viele gemeinsame Fragen der Geschichte und Gegenwart.

Jan-Holger Kirsch für die Redaktion